

Kurzarbeit rettet keine Jobs!

Die Zahl der Kurzarbeiter bei uns im Werk ist auf über 2.500 gestiegen. Die wirtschaftliche Entwicklung macht aber klar: Das ist keine kurzfristige Überbrückung. Diese Kurzarbeit ist die Vorstufe zu den nächsten Angriffen.

☞ Eine mögliche Folge wäre ein Beschäftigungssicherungstarifvertrag. Das bedeutet: 30-Stunden-Woche bei Lohnverlust



von 14 Prozent brutto.

☞ Die andere Möglichkeit: Entlassungen über einen Sozialplan / Interessenausgleich. Der „Zukunftssicherungstarifvertrag“ verhindert das nicht – siehe Seite 2. Die Reduzierung der Arbeitskosten wird mit aller Macht voran getrieben.

Mit der Kurzarbeit raubt Daimler uns auch als Steuerzahler aus. Jahrelang wurden die Profite in die Taschen der Aktionäre geschaufelt. Jetzt zahlen nicht die Profiteure der letzten Jahre – sondern der Staat. Und der holt sich das bei uns.

Die Alternative fordert: ▶ **Umstellung der Produktion auf gesellschaftlich sinnvolle Produkte** ▶ **Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn: 30-Stunden-Woche** ▶ **menschengerechte Arbeitsplätze.**



Azubis: 20% vor dem Aus?

Der Konzern will nach der Ausbildung nur noch einen Teil der Auszubildenden übernehmen. 20 Prozent landen nach dem Willen von Zetsche und Co beim Job-Center auf Hartz IV. Bei uns im Werk betrifft das sieben Azubis. Möglich macht dies eine Vereinbarung, die der Gesamtbetriebsrat 2005 leider unterschrieben hat.

3.000 Kolleginnen und Kollegen protestierten in Stuttgart dagegen. Auch hier in Marienfelde muss gelten: Unbefristete Übernahme aller Azubis im erlernten Beruf!

Strategiewechsel jetzt: Mobilisieren statt zurück weichen!

Kommentar von Mustafa Efe, Betriebsrat* und Vertrauensmann

Die Strategie von Gesamtbetriebsrat und IG-Metall-Spitze ist gescheitert: Zugeständnisse werden von den Bossen knallhart ausgenutzt – und wir zahlen.

Beispiel Erpresswerk 2004: Milliarden verschwanden seither in den Taschen der Aktionäre. Über 10.000 Arbeitsplätze wurden vernichtet.

Beispiel Zukunftssicherung: Unterschrieben wurde, dass bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Lohnerhöhung nicht auf die übertariflichen Bestandteile bezahlt wird. Daimler will das nun machen. Wen wundert's?

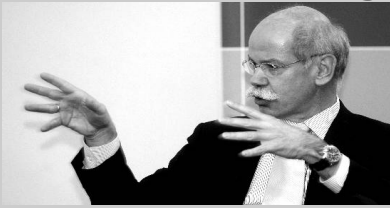
Beispiel Azubis: Der Gesamtbetriebsrat erlaubte die 80-20-Regelung (20 Prozent werden nicht übernommen) – jetzt wun-

dern sich manche, dass der Konzern das umsetzt.

Diese Spirale nach unten muss beendet werden. Schluss mit dem Verzicht: **Keine Verhandlungen ohne Information, Zustimmung und – wo immer nötig – Mobilisierung der Belegschaft!**



Zetsches Horror katalog



Daimler-Chef Zetsche verkündete im Februar die neuesten Unternehmenszahlen. Seine Konsequenz: Die Arbeitskosten sollen gesenkt werden.

Der Wunschzettel der Daimler-Bosse:

✎ Die Tariferhöhung soll nicht effektiv umgesetzt werden. Das heißt: Die Lohnerhöhung soll nicht für TIB und andere übertarifliche Leistungen bezahlt werden. Statt 2,1 Prozent kommt unterm Strich deutlich weniger raus – etwa 1,4 Prozent.

✎ Wohnungsbau- und Privatdarlehen werden gekürzt

✎ Frühpensionierungen werden abgeschafft.

✎ Höhergruppierungen werden erschwert

✎ Kurzarbeit

✎ Azubis werden nur noch teilweise übernommen.

Dieser Horror katalog greift auch in einige Betriebsvereinbarungen ein. Doch der Gesamtbetriebsrat schaut in den meisten Fällen nur zu, wie etwa 1,6 Milliarden Euro jährlich erneut zu unseren Lasten gekürzt werden sollen.

Einzig bei der von der Geschäftsführung beantragten Verschiebung der Lohnerhöhung von Mai auf November sagte der Gesamtbetriebsrat bisher „Nein“. **Wir fordern den GBR auf, hart zu bleiben!**

Schluss mit den Geheimverhandlungen: Keine Deals ohne Zustimmung der Belegschaft! Schluss mit dem Verzicht!

»Zukunftssicherung« sichert keine Zukunft

Jetzt nachlegen zum Erhalt aller Arbeitsplätze!

Die „Zukunftssicherung“ wurde 2004 zwischen Konzernleitung, Gesamtbetriebsrat und IG Metall ausgehandelt und unterschrieben. Uns wurde erzählt: Wir müssen jährlich auf 500 Millionen verzichten, aber dafür sind die Jobs bis 2012 sicher. Dienstleistungstarifvertrag, ERA-Umsetzung, D-Move, acht Prozent Leiharbeiter ... - all das war im Paket der Kürzungen durch die „Zukunftssicherung“ enthalten.

Schon damals gab es Widerstand gegen das Erpresswerk. Tausende besetzten in Mettingen die Stadtautobahn.

Trotzdem unterzeichneten Gesamtbetriebsrat und im Fall des Dienstleistungstarifvertrags auch die IG Metall diese Verträge.

✎ Danach wurden über 10.000 Arbeitsplätze vernichtet.

✎ Jetzt werden wir auf Kurzarbeit gesetzt.

✎ Und gerade in der Krise, wenn die Arbeitsplatzsicherheit am Wichtigsten wäre, dann gilt sie nicht. In der „Zukunftssiche-

rung“ heißt es: „Für den Fall, dass sich die Produktionsprogramme bzw. die der Unternehmens- oder Werksstrategie zugrunde gelegten Eingangsdaten der periodisch-strategischen Planung in den wesentlichen Grundannahmen so verändern, dass daraus Personalüberhänge entstehen, bekräftigt die Unternehmensleitung ihre Absicht, diese mit sozialverträglichen Maßnahmen abzubauen. Ist dies nicht mehr möglich, werden Unternehmensleitung und Gesamtbetriebsrat einen Interessenausgleich versuchen, um der veränderten Situation ausreichend Rechnung zu tragen und betriebsbedingte Beendigungskündigungen zu vermeiden.“ (Hervorhebungen von uns)

Eine Beschäftigungsgarantie sieht anders aus.

Das heißt: Wir können uns nicht auf Verträge verlassen, sondern müssen selbst handlungsfähig werden, um unsere Arbeitsplätze und unser Werk verteidigen zu können.



Proteste gegen das Erpresswerk 2004

Abmelden!

Nach der Betriebsvereinbarung zur Arbeitsordnung muss man sich jedes mal bei seinem direkten Vorgesetzten abmelden, wenn man seinen Arbeitsplatz auch nur für eine Minute verlässt. Bisher hat niemand darauf geachtet, denn bisher war der Druck nicht so hoch. Doch inzwischen nutzt der Arbeitgeber jeden noch so billigen Vorwand, besonders um aufmüpfige Kollegen loszuwerden.

Auch bei Krankheit ist es mittlerweile wichtig, das jedesmal beim Meister zu melden, und nicht nur einem Kollegen Bescheid zu sagen.

Auch V12 vor dem Aus?

Bis Ende des Jahres wird V8 eingestellt. Folgt jetzt auch V12? Gerüchten zufolge soll V12 zu AMG nach Affalterbach ausgelagert werden. 100 Arbeitsplätze sind akut bedroht. Doch das Management schweigt dazu. Diese skandalöse Geheimpolitik muss gestoppt und die Belegschaft muss sofort über die Pläne und über Ersatzarbeitsplätze informiert werden!



Zwangsurlaub

Wir haben 30 Tage Urlaub im Jahr. Bisher konnten wir selbst mitentscheiden, wie wir unsere Zeit nehmen.

18 Urlaubstage (3 Wochen im Sommer) sind bis jetzt schon verplant worden: Laut Tarifvertrag soll jedem Urlaub nach seinem persönlichen Bedarf gewährt werden. Aber stattdessen stimmt der Betriebsrat dem Zwangsurlaub zu, und durchlöchert bereits erkämpfte Arbeitnehmerrechte. Die IG Metall schaut tatenlos zu.

Vorsorge-Kapital

Einmalzahlungen (zum Beispiel Weihnachts- und Urlaubsgeld) konnten bisher auch als Vorsorge-Kapital fürs Alter angelegt werden. Damit wurde weniger von unserem Einkommen für Steuern und Abgaben abgezogen. Doch durch eine Gesetzesänderung gilt jetzt, dass bei einer Auszahlung von diesem Betrag, als Rente, zehn Jahre lang monatlich Kranken- und Pflegeversicherung (etwa 30 Euro / Monat, das heißt rund 3.600 Euro) abgeführt werden müssen.

IG-Metall-Vertrauensleute-Körper

Gewählt wird jetzt von oben

Bevor überhaupt alle Vertrauensleute von den IG-Metall-Mitgliedern in den Abteilungen gewählt sind, gibt es jetzt schon einen Vorschlag für die von ihnen zu wählende Leitung: Abge-

segnet vom Ortsvorstand (!) der IG Metall liegt ein Flugblatt vor, wer im zukünftigen Vertrauensleutkörper sitzen soll - und wer nicht. Kritische Kollegen sind einfach nicht mehr vorgesehen. Unterstützer der Alternative? Gibt es auf dem Vorschlag nicht. Während Mustafa Efe bei der letzten Delegiertenwahl durch die Mitglieder die meisten Stim-



men erhalten hat, soll die von ihm vertretene kämpferische Linie anscheinend von oben aus „abgewählt“, das heißt: verhindert, werden.

Wir protestieren gegen diese Methoden und fordern die Ortsverwaltung der IG Metall auf, mit solchen Spaltungsversuchen von oben aufzuhören!

ALTERNATIVE

Wir, die Herausgeber der Alternative, sind Kolleginnen, Kollegen und Vertrauensleute des Mercedes-Benz-Werk Berlin in Marienfelde. Wir wollen Euch monatlich unzensuriert informieren. Wir sind überparteilich aber parteiisch auf Seiten der Kollegen: Wir wollen die Interessen der Beschäftigten zur Geltung bringen und die Solidarität in der Belegschaft stärken.

Dazu sind wir darauf angewiesen, Hinweise, Infos, Artikel von Euch, den Kolleginnen und Kollegen im Werk, zu erhalten. Sprecht uns direkt an oder schickt sie an alternative_metaller@yahoo.de Zuschriften behandeln wir auf Wunsch selbstverständlich auch anonym und vertraulich.



Infos, ViSdP & Kontakt über Stephan Kimmerle, Friedrichsberger Str. 4, 10243 Berlin

LabourNet.de Germany

Im Internet findet Ihr Infos rund um gewerkschaftliche und betrieblichen Widerstand bei www.labournet.de und unsere Veröffentlichungen sowie weitere Infos zu Daimler Berlin unter www.labournet.de/branchen/auto/dc/berlin

Wir zahlen NICHT! für eure KRISE!

Für eine solidarische Gesellschaft

12 Uhr, Alexanderplatz vor dem Roten Rathaus

28. März 2009

Am 28. März finden zwei bundesweite Demonstrationen in Berlin und Frankfurt am Main statt. Die Veranstalter aus Gewerkschaften, der Partei DIE LINKE und sozialen Bewegungen verlangen: **Die Reichen sollen für die Krise zahlen.** Sie fordern:

- ✓ Vermögenssteuer
- ✓ Vergesellschaftung der Banken
- ✓ Einführung eines Mindestlohns
- ✓ Abschaffung von Hartz IV
- ✓ massives Investitionsprogramm

Wir zahlen mit unseren Steuern und Abgaben die Folgen der von den Reichen angerichteten Krise. Damit muss Schluss sein.

Leider unterstützen bisher nur Teile der Gewerkschaften wie ver.di Berlin und Baden-Württemberg die Demo und nicht der

gesamte DGB und die IG Metall bundesweit. Aber was noch nicht ist, dafür können wir ja noch sorgen.

Stattdessen mobilisieren alle DGB-Gewerkschaften aber für eine zentrale Demo in Berlin am 16. Mai.

Sorgen wir dafür, dass endlich auch hier mit Regierung und Unternehmern französisch geredet wird: Tous ensemble – alle gemeinsam. Wann organisiert der DGB einen Generalstreik gegen Arbeitsplatzvernichtung und Abwälzen der Krisenlasten auf die Beschäftigten?

Also, vormerken im Kalender:

- Sa, 28.3.: „Wir zahlen nicht für Eure Krise“-Demo in Berlin
- 1. Mai: Internationaler Protesttag der Arbeiterbewegung
- Sa, 16.5.: DGB-Demo in Berlin

